

# „Die Reaktion der Prostituierten ist positiv“

Zunächst machte Bärbl Mielich Skepsis aus. Viele Prostituierte hätten dem Gesetz kritisch entgegenge-sehen, weil sie sich registrieren lassen mussten. Nun sehe es anders aus, sagt die Staatssekretärin für Soziales und Integration in Baden Württemberg (Grüne): „Die Reaktion der Prostituierten ist positiv, und sie sehen es als Unterstützung.“ Mielich informierte sich gestern bei Amalie, der Beratungsstelle für Frauen, wie das neue Prostituierten-schutzgesetz, das im November 2017 in Baden-Württemberg in Kraft getreten ist, umgesetzt wird.

Staatssekretärin Bärbl Mielich rief noch einmal in Erinnerung, was

das Gesetz soll: „schützen, die Sicherheit stärken, den Menschenhandel zurückdrängen und die Illegalität vermeiden.“

## Mehr Aufklärung

Einige Frauen „sind überhaupt nicht aufgeklärt und hatten sogar Sex ohne Kondom“, berichtet Julia Wege, Leiterin von Amalie. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass sich alle Prostituierten bei der Stadt anmelden müssen und eine Beratung bekommen. Dabei klärt das Gesundheitsamt sie über Krankheiten und Risiken auf, aber auch darüber, was es für Möglichkeiten im Fall einer Schwangerschaft gibt. Außerdem er-



Julia Wege (v.l.n.r) mit Marianne Bade, Martin Albert, Bärbl Mielich, Helmut Bühle und Elke Zimmer.

BILD: HAMANN

fahren die Frauen die gesetzlichen Grundlagen ihrer Arbeit, wie Arbeitslosen- oder Krankenversicherung. Das übernimmt der Fachbereich Sicherheit und Ordnung.

„Das Gesetz ist noch nicht richtig umgesetzt. Ein normaler Verwaltungsbeamte kann die Beratung noch nicht. Es fehlt an Schulungen und Fortbildungen,“ kritisiert Achim Weizel, Fraktionsvorsitzender der Mannheimer Liste und Beiratsmitglied bei Amalie.

Im Oktober mussten sich alle Bordelle in Mannheim anmelden und ein Betriebskonzept entwerfen, in dem beispielsweise die Mitarbeiterzahlen stehen. Außerdem müssen

nun Mindeststandards eingehalten werden wie beispielsweise geschützter Geschlechtsverkehr und ein Notknopf in dem Zimmer der Prostituierten. „Wir sind verhalten optimistisch“, resümiert Martin Albert, ebenfalls Beiratsmitglied von Amalie. Das Gesetz sei in Mannheim und Baden-Württemberg auf dem Weg.

Der Rahmen des Gesetzes wurde bundesweit am 1. Juli 2017 erlassen, im November trat die Regelung in Baden-Württemberg in Kraft. Julia Wege hat die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu dem Gesetz beraten, außerdem ist sie die Gründerin von Amalie und leitet die Beratungsstelle. ham